

Allianz der Ausgeschlossenen

Die Schweiz und Großbritannien vereinbaren eine Forschungskooperation.

Der britische Forschungsstaatssekretär George Freeman und der schweizerische Bundesrat für Wirtschaft, Bildung und Forschung Guy Parmelin haben am 10. November ein Memorandum of Understanding unterzeichnet. Darin bekennen sich die beiden Länder dazu, in der Wissenschaft stärker zusammenzuarbeiten. Hintergrund der Vereinbarung ist, dass beide Länder nach wie vor nicht mit dem europäischen Forschungsrahmen-

programm Horizon Europe assoziiert sind. Dabei findet in beiden Ländern Spitzenforschung statt: Sieben der zehn europäischen Top-Universitäten liegen in Großbritannien, zwei weitere in der Schweiz. Die Gründe der Nicht-



Adobe Stock / Regiomark

assozierung sind unterschiedlich: Im Fall des Vereinigten Königreichs beruht sie auf dem Streit um das Nordirland-Protokoll zum Brexit-Vertrag; bei der Schweiz sorgt das im letzten Jahr gescheiterte Rahmenabkommen mit der Europäischen Union sowie der Konflikt über die Freizügigkeit von EU-Bürger:innen in der Schweiz für Probleme.

Das Abkommen zwischen der Schweiz und Großbritannien umfasst unter anderem gemeinsame Forschungsprogramme, Workshops und Konferenzen sowie einen jährlich stattfindenden gemeinsamen Wissenschaftsgipfel. Inhaltlich stehen „Deep Science“ und „Deep Tech“ im Vordergrund, zum Beispiel Quantentechnologie und Künstliche Intelligenz; ein weiterer Schwerpunkt ist die Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen. Trotz des weit gesteckten Rahmens gibt es kein zusätzliches Geld für das Abkommen – und Free-

man selbst betonte, dass die Teilnahme an Horizon Europe nach wie vor das eigentliche Ziel seiner Regierung sei. Den Plan B treibe er nur wegen der „starren Haltung der EU“ voran: Staatliche Förderprogramme sollen die wegfallenden EU-Gelder ausgleichen und weitere internationale Kooperationen, etwa mit Singapur und Israel, hinzukommen. Ende November stellte dazu die neue Regierung unter Premier Rishi Sunak ein Paket von etwa 560 Millionen Euro zusammen, das vor allem den großen Forschungsinfrastrukturen und jungen Talenten im Vereinigten Königreich zugutekommen soll. Zudem versicherte Schatzkanzler Hunt in seinem traditionellen Autumn Statement, dass es trotz der massiven, teils hausgemachten Finanzkrise im Vereinigten Königreich keine Kürzungen des Forschungsetats geben soll.

Matthias Delbrück

Nicht gekürzt ist halb gewonnen

Europäische Kommission, Europäischer Rat und EU-Parlament einigen sich auf den Haushalt von Horizon Europe für 2023.

Nach langwierigen Verhandlungen haben sich die Gremien der Europäischen Union auf einen Haushalt für 2023 geeinigt – und damit auch für das Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe. Energiekrise, Inflation und militärische Bedrohung ließen vermuten, dass die versprochene stetige Steigerung der Forschungsausgaben schwer realisierbar sein würde. Im Sommer hatte der Europäische Rat, den die Staats- und Regierungschefs bilden, eine Kürzung um 660 Millionen Euro vorgeschlagen. Diese konnte das Parlament verhindern, musste aber akzeptieren, dass ein ähnlich hoher Betrag an nicht abgerufenen Mitteln aus den Vorjahren nun anderen Zwecken zugute kommt. Die vom Parlament geforderte Erhöhung des Budgets um 311 Millionen

Euro lehnten der Rat und die Europäische Kommission ab. Dass die aktuelle finanzielle Krise keine stärkeren Auswirkungen auf die europäische Forschungsförderung hat, stellt die meisten Mitglieder der wissenschaftlichen Community dennoch zufrieden.

Insgesamt beläuft sich der Etat von Horizon Europe 2023 auf 12,4 Milliarden Euro, 1,1 Prozent mehr als im Vorjahr. Davon geht etwa ein Viertel an die „exzellente Wissenschaft“: den European Research Council (2,1 Mrd.), die Marie Skłodowska-Curie Actions (900 Mio.) und große Forschungsinfrastrukturen (300 Mio.). „Unionsweite Herausforderungen“ erhalten 4,2 Milliarden Euro; etwa die Hälfte davon entfällt auf die physiknahen Bereiche „Digitales, Industrie, Weltraum“ und „Klima,

Energie, Mobilität“. Für das „Innovative Europa“ sahnt der 2021 gegründete Europäische Innovationsrat mit 1,1 Mrd. Euro den größten Betrag ab.

Weitere forschungsrelevante Posten sind das Programm Erasmus+ (3,7 Mrd.). Hier sollen weitere 120 Millionen Euro ukrainische Studierende und Forschende unterstützen. Der Fonds „Digital Europe“ erhält 3,1 Mrd. Euro; das europäische Raumfahrtprogramm stagniert bei 2 Milliarden wie auch Euratom mit 276,5 Mio. Euro. Einbußen muss dagegen der europäische Beitrag zum internationalen Fusionsreaktor ITER hinnehmen: Dieser war im Sommer noch mit einer Milliarde Euro angesetzt, schrumpfte während der Verhandlungen aber auf 840 Millionen Euro.

Matthias Delbrück